

Zur Lage im anglophonen Kamerun – Juni 2019

"Die Zahl der Menschenrechtsverstöße nimmt zu. Und mit jedem Tag wächst die Kluft zwischen dem, was die Zivilisten an humanitärer Hilfe brauchen und dem, was sie tatsächlich zur Verfügung haben. Meine Besorgnis über die Lage in Kamerun wächst mit jedem Tag. Die Welt schenkt der Lage nicht ausreichend Beachtung."

Uno-Vizengeneralsekretär und Nothilfe Koordinator Mark Lowcock

Am 13. Mai war die anglophone Krise in Kamerun Thema im **Uno-Sicherheitsrat**. Kurz vor der Uno-Sitzung hatten neun namhafte Menschenrechtsgruppen appelliert, der Sicherheitsrat müsse aktiv werden. Eine echte Reaktion der internationalen Gemeinschaft blieb aber aus. Die Vertreter Chinas und Russlands verwiesen auf „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“. Deutschlands UN Repräsentant Christoph Heusgen begrüßte laut Spiegel Online lediglich, dass Kameruns Premier Joseph Dion Ngute einen Dialog angekündigt hatte.

Ende Mai 2019 hat der **Uno-Generalsekretär** die Lage so beschrieben: Separatisten brennen Krankenhäuser nieder, im Februar töteten sie vier Patienten im Provinzkrankenhaus in Kumba und steckten einen der wenigen funktionierenden Operationssäle in der Region in Brand. Während einer von bewaffneten Gruppen ausgerufenen Ausgangssperre wurden im selben Monat binnen zehn Tagen mehr als 70 Menschen auf offener Straße erschossen.

Die Webseite International Crisis Group nennt aktuell Zahlen von 535.000 IDPs (Binnenflüchtlinge) und mindestens 1.850 Toten. „Die Regierung im französisch dominierten Teil Kameruns und englischsprachige Separatisten begehen seit vielen Monaten schwerste Menschenrechtsverletzungen.“ (Spiegel Online) Im Dezember 2018 waren laut Unicef mehr als 4.400 Schulen in der Region geschlossen. 70 Lehranstalten seien komplett zerstört.



MdB Dr. Christoph Hoffmann (FDP), als Vorsitzender der Parlamentariergruppe „Zentralafrika“ unlängst von einer Reise nach Kamerun zurück, fordert in einem offenen Brief vom 04.06.2019 **Bundeskanzlerin Merkel** auf, Gespräche mit den handelnden Parteien des Konflikts zu suchen.

"The parliamentarians in Cameroon told us that a visit by Chancellor Merkel to Cameroon could ignite a dialogue process which could lead to a solution."

Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit. Nach der Präsidentenwahl im Oktober 2018 präsentierte das kamerunische Staatsfernsehen angebliche Wahlbeobachter der Organisation **Transparency International**. Das Problem: Der Bericht war "falsch und unwahr", erklärt das echte Transparency International, die Menschen im Staatsfernsehen hatten mit der Organisation nichts zu tun, eine Beobachtermission gab es nicht. Maurice Kamto, Führer der größten Oppositionspartei, ist seit Monaten inhaftiert unter Androhung der Todesstrafe. Im Mai 2019 wurden laut Human Rights Watch (HRW) 350 weitere Oppositionelle in Haft genommen. HRW verfügt über Augenzeugenberichte von Isolationshaft und Folter.

Eine Kampagne der kirchlichen Hilfswerke in Deutschland bringt auch das Problem der Kamerun-Krise auf den Punkt: „Die größte Katastrophe ist das Vergessen“. Die internationale Gemeinschaft sei „am Steuer eingeschlafen“, wenn es um die Bewältigung von Notsituationen wie beispielsweise jener in Kamerun geht, sagte **Jan Egeland, Generalsekretär des Norwegischen Flüchtlingsrates NRC**. Der Konflikt in Kamerun steht auf Platz eins der NRC-Liste der vernachlässigten Krisen.

Ein Bischofswort aus Deutschland würde die Bundeskanzlerin ermutigen, Kamerun bei ihrer nächsten Afrika-Reise nicht wie bislang auszulassen, sondern vielmehr den Einfluss, den Deutschland in Kamerun genießt, geltend zu machen und das Gespräch mit den Konfliktparteien zu suchen.